der sozialdemokratischen Wochenschrift, ihnen beizumessende Eigenschaft nicht dazu angetan ist, die zum Schutze der öffentlichen Ordnung berufenen und verpflichteten Behörden zur Duldung des Straßenunfugs zu veranlassen, bedarf keiner näheren Darlegung. Wenn irgendwo, so gilt hier die Maßnung: principiis obsta!

Der Abgeordnete Naumann hält in der heutigen Ausgabe der Hilfe den Liberalen vor, daß ihre Vorväter 1848 ebenfalls auf die Straße gegangen seien. Diese Erinnerung ist von seinem Standpunkt recht unvorsichtig. Herr Naumann identifiziert danach die von der Sozialdemokratie inszenierte Eroberung der Straße mit den Vorgängen vor 60 Jahren, die bekanntlich zu schwerem Blutvergießen führten. Was aber kam nach 48? Die Reaktion, wie auch Herr Naumann wissen wird!

Unsere Behauptungen, daß ein Straßenunfug, wie ihn die Sozialdemokratie in Berlin und in anderen Städten Preußens ins Werk gesetzt hat, auch in anderen Ländern durch die Behörden unterdrückt wird, werden fortgesetzt durch neue Vorkommnisse bestätigt. Wie wir gestern mitteilten, wurden am Donnerstag in London eine Anzahl Frauenrechtlerinnen, die vor den Häusern mehrerer Minister demonstrierten, von der Polizei zurückgewiesen, die einige der lärmenden Damen verhaftete. Vier von den Verhafteten wurden vom Polizeigericht zu Sicherheitsleistung für gutes Betragen oder zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Drei davon entschieden sich für Gefängnis. Und einer Mitteilung der Vossischen Zeitung aus Rom vom 28. v. M. entnehmen wir, daß am letzten Montag eine Anzahl Demonstranten, die im Hofe der Universität eine Lärmkundgebung für die russische Revolution veranstaltet hatten, den Versuch, den Lärm auf der Straße fortzusetzen und der Polizei Widerstand zu leisten, auseinanderzutreiben; mehrere der Teilnehmer wurden verhaftet und erst nach einigen Stunden entlassen. Für den Vorwärts aber und — vermutlich auch für Herrn v. Gerlach besteht der Satz fort, daß nur in Preußen Straßenkundgebungen verboten seien!

Inwiefern die abplitterungslustige Minderheit der Freisinnigen Vereinigung, die außer preußischen Wahlreformwünschen für eine Weile nichts anderes in der Welt zu erblicken schien, noch bei ihrem achilleischen Zorne beharrt, ist neuerdings wieder der Frage wert geworden. Vielleicht hatte die in Sicht getretene Notwendigkeit, die politische Erscheinung der als künftige Kampfesbrüder sonst unvermeidlichen Sozialdemokraten noch einmal genau anzusehen, eine abkühlende Wirkung geübt, die um so tiefer gegangen sein mag, je weniger sie eingestanden wird. Gerade in dem Augenblick, als die Trennung für dicht bevorstehend gehalten werden durfte, hielt die Nationalliberale Correspondenz den radikalisierenden Elementen der Freisinnigen Vereinigung noch einmal den Spiegel vor. Sie schrieb u. a. im Anschluß an die Versammlungsagitation der Blockbrüderschaft:

„Ohne Frage ist als Gesamterscheinung der deutsche Liberalismus kühler, nüchterner, sogar wohl mehr politischer geworden. Aber der Eigensinn der Nichtsdestoweniger ist darum leider noch nicht ganz ausgestorben. Das Gute ist nur, daß ihre Reihen sich doch sehr verdünnt haben. Es sind schließlich immer dieselben Leutchen, die als Referenten und Diskussionsredner heute in Rixdorf und morgen in Charlottenburg, am dritten Tage irgendwo in Pommern und dann wieder in Magdeburg auftauchen. Eine kleines Häuflein, dem die Aktivität Lebensbedürfnis ist. Männer, die daneben etwas anderes zu tun haben und denen der Blick für die Wirklichkeit des Lebens nicht abhanden kam, werden kaum geneigt sein, den Verstiegenen in das Brachland zu folgen oder nach der glückhaften Insel Utopia, wo der Sozi sich dem Bürgerlichen verbindet. Darum wird eine neue Secession, wenn es zu ihr kommt, auch kaum irgend welche tiefere greifenden Wirkungen üben. Höchstens wird sie die Aktionsfähigkeit der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft erhöhen. Denn selbst von den acht Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung, die neulich für das „unzweideutige Mißtrauensvotum“ für den Fürsten Bülow gestimmt haben sollen, werden schwerlich alle auch zum Bruch bereit sein. Herr Naumann z. B. anscheinend nicht. Denn der hat doch noch vor acht Tagen einen Artikel veröffentlicht, in dem er, wenn wir ihn recht verstanden, sich gegen eine Kündigung des Blockes aussprach.“

Seitdem mehren sich jedoch wieder die Anzeichen der Einkehr, die mit der mehrfach berührten Versammlung in Rixdorf, dem augenscheinlichen Höhepunkt des Lärms, zusammenhängen werden. Dr. Breitscheid, bisher der Entrüstung voll, will, trotz energischer Gegenbehauptungen, eine besonders unfreundliche Aeußerung gegen den Freisinn nicht auf seinem Konto behalten, und Abg. Dr. Potthoff hat in der Frankfurter Zeitung gelindere Saiten aufgezogen. Außer den schon mitgeteilten Sätzen bemerkt er dort, eine Kündigung des Blockes hätte nur dann Zweck, wenn der Freisinn entschlossen wäre, auch die äußersten Konsequenzen zu ziehen. „In England besteht die Sitte, daß einem Minister, der nicht das Vertrauen der Mehrheit genießt, ein kleiner Mißtrieb am Gehalte gemacht wird. Ob bei uns das Zentrum eine derartige parlamentarische Aktion mitmachen würde, ist mir sehr zweifelhaft. Gar nicht zweifelhaft aber ist es mir, daß die Mehrheit der Freisinnigen sie nicht mitmachen würde. Will man das aber nicht, so unterläßt man besser jede Deklamation. Denn da der Kanzler nicht vom Parlament, sondern von der Krone rechtlich abhängig ist, da das Zentrum wohl im Notfalle stets den Retter in der Not spielen würde, und vor allem, da der Kanzler bei einer Verschiebung der Steuerfragen bis Weihnachten die freisinnigen Stimmen nicht unbedingt braucht, so würde die feierliche Kündigung nur die Schwäche des Liberalismus offenbaren. Diese nicht angenehme Wahrheit offen auszusprechen, scheint mir gegenwärtig notwendig, damit nicht die Verschiedenheit in der Haltung der Fraktionen und der Wählerschaft zu Mißverständnissen und zu Mißtrauen führt.“ — Das steht nicht mehr nach Ablage aus und schließt, genau genommen, sogar das Gelöbnis ein, sich künftig der Deklamationen nach bisheriger Richtung weise zu enthalten.

Rundschau im Auslande.

Präsident **Roosevelt** hat gestern an den Kongreß der Vereinigten Staaten eine Spezialbotschaft gerichtet, in der er die Trustgesetzgebung behandelt und Maßregeln gegen die Korruption im Geschäftsleben befürwortet:

Der Präsident fordert zunächst eine Revision der Arbeitgeberhaftpflichtgesetzes, den Erlaß von Gesetzen, durch die bei Arbeitsstreitigkeiten niemand von der Ausübung seiner Rechte zurückgehalten werden darf, und die Stellung der Arbeitsgesellschaften unter die Aufsicht der zwischenstaatlichen Handelskommission. „Die Gerichte sollen“, sagt Roosevelt, „überlegen, daß sie von dem Eigentum und dem Arbeitgeber Pflichten verlangen, die notwendigerweise denen Rechte begleiten.“ Der Präsident schlägt dann gesetzliche Maßnahmen gegen das Differenzspiel an der Effektenbörse vor, das viel Unheil anrichte und wie jedes Spiel unmoralisch sei. Ferner wendet sich dann gegen das Geschäftsgebaren der Standard Oil Company und der Atchison Topeka and Santa Fé Railroad und erklärt, daß die Angriffe auf die Politik der Regierung diesen heben gegenüber von gekauften Politikern und gekauften Zeitungen ausgehen. „Sie sind“, meint Roosevelt, „wie Marionetten, die von den im Hintergrund bleibenden Personen und mächtigen Kräften an der Strippe geleitet werden.“ Auch den aus denselben Quellen hervorgehenden Verdächtigungen, daß die Regierung wirklich reiche Schuldige mit Geldstrafe anstatt mit Gefängnisstrafen belege, tritt Roosevelt entgegen und führt als Beispiel den Gaynor Greene-Fall in Chicago und andere Fälle an. Der Korruption gegenüber, die mit allen Mitteln die moralische Wiedergeburt des Geschäftslebens hintanzuhalten suche, müsse einer Wiederholung der Standale, wie sie die jüngste Zeit im geschäftlichen und politischen Leben ans Licht gebracht hätte, vorgebeugt werden. Die Bewegung gegen die Korruption sei nicht, wie seine Gegner sie ansähen, eine rein ökonomische, sondern grundsätzlich eine ethische Bewegung.

Der Gouverneur des States New York **Hughes**, der für die Präsidentschaft kandidiert, hielt gestern im Republikanischen Klub zu New York eine Programmrede.

Er erklärte, er werde bei seiner Bewerbung um die Präsidentschaft Roosevelt für die kräftige Bekämpfung von Mißbräuchen volle Anerkennung zollen, und er werde sich ferner dagegen erklären, daß Korporationen mit Geldstrafen belegt werden, da solche Geldstrafen entweder auf das Publikum abgewälzt würden oder von den Aktionären getragen würden; er würde für Gefängnisstrafen eintreten. Auch für die Tarifrevision und die Einsetzung einer Kommission von Sachverständigen in Tariffragen sprach sich Hughes aus.

Das englische Unterhaus setzte gestern die Debatte über die Antwort auf die Thronrede fort.

Rutherford (radikal) brachte einen Abänderungsantrag ein, in dem er darauf hinweist, daß die gegenwärtige Lage in Indien die ernsteste Beachtung durch die Regierung erfordere, und daß unzufriedene Reformen, durch die dem indischen Volke die Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten gegeben würde, dringend not täten. Rutherford machte der Regierung von Indien ihr bureaukratisches Verwaltungssystem zum Vorwurf und sagte, die Inder hätten gesehen, wie Japan sich zur Stellung einer Großmacht emporgeschwungen habe, und ihre Einbildungskraft sei dadurch erregt worden. England stehe jetzt angesichts der Frage, entweder mit großen Reformen in Indien vorzugehen oder eine Revolution gewärtigen zu müssen. Rutherford forderte Selbstregierung in Indien ähnlich wie bei den anderen Kolonien Englands und schlug die Einrichtung von Provinziallparlamenten und einer Volksvertretung für ganz Indien vor. Sir Henry Couten (radikal) erklärte, die allgemeine Stimmung in Indien sei unruhig und unzufrieden und bilde eine ernste Gefahr.

Der Staatssekretär für Indien John Morley sagte, während der letzten zwei Jahre hätten schwerige Wolken den indischen Horizont verdüstert, aber die Politik der Regierung habe diese Wolken allmählich zerstreut. Erhoben werde er aber nicht so unklug sein, zu behaupten, daß sie niemals wiederkommen könnten. Die gegenwärtige Lage im Punjab sei außerordentlich ruhig. Morley erklärte mit Nachdruck, man gebe sich einer Täuschung hin, wenn man besuche, europäische Regierungssysteme auf einen Staat, wie Indien, anzuwenden, und teilte mit, daß die verschiedenen Maßregeln zur Gewährung administrativer Reformen, die im vergangenen Jahre der Unterhaus stipuliert worden seien, noch der Erwägung der Regierungen Indiens und des Reichs unterliegen.

Im Verlauf der Diskussion über Aegypten erklärte Staatssekretär Sir Edward Grey, die bestehenden präventiven Einrichtungen Aegyptens müßten den Augenblick, daß sie ihren weiteren Schritt zur konstitutionellen Reform. „Wir müssen beginnen mit den Machthabenden von Provinzial- und Gemeinderäten, aber der Fortschritt muß langsam von statten gehen. Inzwischen werden wir den britischen Einfluß dazu verwenden, um Sicherheit zu schaffen, daß die ägyptische Regierung, wenn bureaukratisch, so doch in durchaus freundlichem und sympathischem Geiste ausgeübt wird“.

Nach einer weiteren Diskussion über die Situation in Aegypten wurde die Debatte bis zum 3. Februar vertagt. Dann soll auch über die irischen Angelegenheiten verhandelt werden.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey erklärte in Beantwortung einer Anfrage, betreffend den Beitritt Rußlands zur Pariser Londoner Konvention, die Zustimmung der britischen Regierung sei nur gegeben worden zu den Bestimmungen des Protokolls, welche Rußland gestatten, der Konvention beizutreten, und schließe keinerlei Zustimmung zu irgendwelchen Festsetzungen ein, welche die Beschränkung der Ausfuhr russischen Zuckers beabsichtigten. Die britische Regierung sei frei von jeder Art Zwang, die Einfuhr von Zucker zu verbieten, zu beschränken oder zu besteuern, gleichgültig, aus welcher Quelle er stammt.

Nach einer Meldung aus Kapstadt vom 31. Januar ist Premierminister **Jameson** von seinem Posten zurückgetreten. Mit der Bildung eines neuen Ministeriums ist Merriman vom Gouverneur beauftragt worden.

König Leopold von **Belgien** stattete gestern in Paris dem Präsidenten Fallières, dem Ministerpräsidenten Clemenceau und dem Minister des Aeußern, Pichon, Besuche ab. Das Journal des Débats behauptet zu wissen, daß diese Besuche mit der Kongofrage zusammenhingen. Angesichts des diese Fragen betreffenden Passus der englischen Thronrede habe nämlich der König den lebhaften Wunsch, sich über die Anschauungen der übrigen Mächte, insbesondere Frankreichs, in dieser Frage zu unterrichten.

Aus Marokko liegen folgende, aus Tanger, den 31. Januar, datierte Meldungen vor:

Die offizielle Mitteilung der Ausrufung Mulay Hafids in Fez traf inzwischen in Marrakesch ein; ebenso wurde dort der Kampf der Franzosen bei Settat bekannt und rief große Aufregung hervor. Hafid soll daraufhin sofort aufgebrochen und nach Süden weitermarschiert sein. Sicher scheint, daß die Abmärsche seiner Makhalla, die aus 1000 Reitern besteht, den Vormarsch nach Schauja angetreten hat. In Marrakesch wird täglich der heilige Krieg gepredigt. Die öffentlichen Ausrufer sollen hierbei einer nach Tausenden zählenden Kinderschar folgen und Schmähreden gegen die Christen ausstoßen. Aus Stadt und Land mehrt sich der Zuzug zu Hafids Truppen, auch gehen Gerüchte um, der Kaiser Abdul Aziz habe seinen Uebertritt zu Hafid vor. Angeblich sollen die in Marrakesch noch anwesenden besseren jüdischen Kaufleute die Abreise nach der Küste planen.

Laut Nachrichten aus jüdischer Quelle traf gestern in Fez ein Brief Abdul Aziz' ein, der dem Boten von den Vorwachen abgenommen wurde, und in dem Abdul Aziz dem gegenwärtigen Kaiser androht, er werde mit französischen Truppen auf Fez marschieren. Der Brief rief in der Stadt große Aufregung hervor. Soweit indessen ersichtlich ist, behaupten sich die hafidischen Autoritäten in der Stadt und erhalten im großen und ganzen die Ruhe aufrecht. Große Furcht scheint unter der jüdischen Bevölkerung vor Ausbruch von Kämpfen in der Stadt zu herrschen. Die mächtigsten Kabylen der Umgegend verhalten sich noch wie vor abwartend.

Die **Pforte** hat, wie aus Konstantinopel, 31. Januar, gemeldet wird, auch die letzte (vierte) Note der sechs Botschafter wegen Verlängerung der Mandate für die mazedonischen Reformorgane mit Note von gestern nacht ablehnend beantwortet.

Es sei logisch, daß Beamte, wie die mazedonischen Zivil- und Finanzagenten, die für ein Land arbeiten, auch von diesem bezahlt werden, und es entspreche mehr dem Prestige und der Souveränität der Türkei sowie der Auffassung der Bevölkerung, daß die Reformorgane Staatsbeamte sind. An ihren Zeigen Geschäftsgang und Funktionen solle nicht das geringste geändert werden, und die Botschafter würden sich von der Nützlichkeit der vorgeschlagenen Aenderung überzeugen, wenn sie wenigstens einen Versuch machen wollten und den Vorschlag der Pforte probeweise annähmen, wenn nicht auf 7 Jahre, so doch auf eine noch zu vereinbarende Zeitdauer.

Auf einen schriftlichen Schritt der russischen Botschaft bezüglich des türkischen Vorgehens gegen Sandschak hat die Pforte schriftlich geantwortet, gewisse Schutzmaßregeln seitens der türkischen Grenzkommandos seien darauf zurückzuführen, daß Prinz Ferman in Sandschak Streitkräfte sammelte, deren Vorgehen auf türkisches Gebiet befürchtet wurde. Der Kriegsminister habe den Grenzkommandos Auftrag gegeben, das weitere Vorgehen einzustellen.

Die griechische Presse hebt, so wird aus Athen telegraphiert, in der Rede des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern Frhrn. v. Aehrenthal, die er in der ungarischen Delegation für das Ausgleichsgesetz hielt, mit lebhafter Genugtuung seine Erklärung, betreffend die Verbindung der Eisenbahn Piräus—Larissa mit dem türkischen Eisenbahnnetz hervor.

Die Blätter äußern, daß der Hellenismus, der ein Element der Ordnung par excellence auf der Balkanhalbinsel darstelle, nichts im Auge habe als die friedliche Entwicklung und den Schutz seiner Rechte in der Angelegenheit der Hajdikation Mazedoniens. Die Blätter äußern sich weniger optimistisch in Bezug darauf, daß das Vorgehen des bulgarischen Aktionskomitees und der bulgarischen Banden ein Nachlassen zeige.

Aus den Delegationen.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Delegation des österreichischen Reichsrats setzte gestern, wie aus Wien gemeldet wird, die Beratung des Budgets des Aeußern fort.

Abgeordneter Kramarcz begründete es, daß der Minister des Aeußern wiederholt autoritativ erklärt habe, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan keine territorialen Eroberungen machen wolle, da eine solche Politik für Oesterreich zu gefährlich wäre. Die Erfolge der Orientpolitik in Mazedonien seien nicht besonders erfreulich, und es sei notwendig, daß mit der größten Energie an die Durchführung der Zivilreform geschritten werde. Redner bespricht den neuen Bahnprojekt und verweist darauf, daß es ganz politische und wirtschaftliche Gründe seien, welche die Bagdadbahn für Oesterreich bedeute. Er erörterte sodann die Wappenfrage und besprach sich hierbei mit dem Dreibunde. Er beharrte bei seiner alten Grundauffassung, daß das Bündnis mit Deutschland nur für Deutschland, nicht aber für Oesterreich unbedingt notwendig sei. Deutschland brauche Oesterreich, um wenigstens eine Stütze für seine Weltpolitik zu haben. Er mache darauf aufmerksam, daß im Bündnisvertrag mit Deutschland die gegenseitige Hoffnung des Artikels 2 abgeschafft werde, und daß Oesterreich-Ungarn durch eine klare Fassung des Casus foederis aus jeder Gefahr befreit werde, für die Weltpolitik Deutschlands einzustehen. Was das Verhältnis zu Italien betreffe, so begrüße es Redner, daß der Minister des Aeußern den direkten Besuch des Kaisers gefunden habe. Er glaube, daß bei einer vollständig friedlichen Politik und bei einer Politik des Status quo ein Vertrauensverhältnis zwischen Italien und Oesterreich bestehen könne. Italien und Oesterreich müßten aber dabei trachten, möglichst stark zu sein, da nur mächtige Staaten als Bundesgenossen geschätzt seien. Redner ging zum Schluß wieder auf die irredentistische Polenpolitik ein. Durch dieses Vorgehen Preußens werde die Existenz des Bündnisses mehr bedroht als durch alle Gegnerschaften, welche bisher gegen den Dreibund bestanden haben. Eine Bündnispolitik, welche gerade die Majorität des Parlaments am härtesten treffe, sei auf die Dauer unhaltbar.

Delegierter Pitoni gab zu, daß es schwer wäre, an die Stelle des Dreibundes ein neues, den Frieden ebenso verbürgendes System zu setzen. Es könne aber mit der Vorherrschaft Deutschlands im Dreibunde sich nicht einverstanden erklären, weil Oesterreich-Ungarn durch die impulsive Weltpolitik Deutschlands in eine gefährliche Lage geraten könne.

Delegierter Urban betonte gegenüber dem Sprecher des Polenklubs, dieser habe die Tendenz Deutschlands, seine überseeische Machtsphäre zu vergrößern, nicht genügend gewürdigt. Den deutschnationalen Gedanken verwechselt. Es sei verfehlt, als Endziel der Entelgnungsvorlage die vollständige Ausrottung des Polentums zu bezeichnen. Die Polenfrage sei im Grunde nichts anderes, als der Kampf des nationalen Einheitsstaates gegen die polnischen Grundbestitzer. Bezüglich der böhmerechtlichen Seite der Frage sei kein Zweifel, daß die zum Schutze der inneren Sicherheit getroffenen Verfügungen das magyarischen Problems meinte Redner, die Monarchie solle sich in Mazedonien nicht darauf beschränken, das ihr von Europa übertragene Ehrenamt durchzuführen, sondern sich von einem gesunden wirtschaftlichen Egoismus leiten lassen. Schließlich erörterte Redner die Frage der Schiffahrtsabgaben auf der Elbe, wobei er den Wunsch aussprach, das Ministerium des Aeußern möge sich bei einer Revision der bezüglichen internationalen Verträge für Gebührenfreiheit der Elbschiffahrt einsetzen.

Delegierter Graf Latour besprach die sogenannte Enteignungsvorlage in Preußen und erklärte im Namen der Delegierten, welche der Rechten des Herrenhauses angehören, daß sie zwar das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates schätzen, dabei aber dennoch keinen Anstand nähmen, das lebhafte Bedauern darüber auszusprechen, wenn in irgend einem Lande die Gesetzgebung eine Richtung vorschlage, die die Freiheit und Sicherheit des Privateigentums anzutasten geeignet ist. Unsere Auffassung konservativer Grundsätze, sagte Redner, widerstreitet einer derartigen Richtung auf das entschiedenste, und wir können uns auch durch die in solchen Fällen beliebte Anrufung der höheren Staatsraison von dieser Auffassung nicht abbringen lassen.

Minister des Aeußeren Frhr. v. Aehrenthal erklärte, er könne sich nicht vom Standpunkt der Gefühle oder der nationalen Empfindungen leiten lassen, er müsse sich direkt an die Staatsraison halten. Er erblicke seine Aufgabe darin, die von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten seit einer Reihe von Jahren eingehaltene Linie fortzusetzen, und er glaube, daß Oesterreich-Ungarn allen Grund habe, mit dem System seiner auswärtigen Politik zufrieden zu sein.

Wir haben, so erklärte der Minister, seit nahezu 30 Jahren das Bündnis mit dem Deutschen Reiche und als weitere Folge das Bündnis mit Italien. Dieses Allianzverhältnis hat unseren Interessen entsprochen und bekanntlich zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beigetragen. Durch das konsequente Festhalten an den Bündnissen und unsere loyale Haltung nehmen wir eine eminente Vertrauensstellung in Europa ein, und zwar nicht nur bei den befreundeten und verbündeten Kabinetten, sondern überall. Die europäische Situation ist eine recht komplizierte, und alle Gruppierungen konvergieren nach einem Punkte, nach der Erhaltung des bestehenden Gleichgewichtes. Das war vom Dreibund schon früher bekannt; es gilt aber auch von anderen Gruppierungen des politischen Systems. Die gegenwärtigen Gruppierungen der Mächte erwecken überall das Gefühl der Sicherheit, und deshalb soll man an dem derzeitigen Zustande nichts ändern. Man soll dies deshalb nicht, weil Aenderungen an diesem System Machtverschiebungen und als weitere Folge Gefahren und Konflikte mit sich bringen müßten. Im Rahmen unserer Bündnispolitik aber besitzen wir die Freiheit unserer politischen und wirtschaftlichen Entschließungen. Der Minister verwies auf die Entente mit Rußland, die schon über 10 Jahre bestehe, auf Oesterreichs Haltung in der marokkanischen Frage, betonte, daß nach dem Besuche Frankreichs und Englands sehr wohl Staaten mit verschiedener innerer Politik dauernde Bündnisse eingehen können, und fuhr dann fort: Es ist traute die innere Politik einer anderen Staates in die Debatte gezogen worden. Ich habe bereits in einer Sitzung der österreichischen Delegation betont, daß ich dies für eine gefährliche Methode halte, und daß ich, was die Stellung der Regierung zu dieser Frage anbelangt, an dem Grundsatze festhalten muß, daß es nicht wünschenswert sei, hier die Angelegenheiten einer fremden Macht zur Diskussion zu bringen. Der erste Herr Delegierte Dr. Kramarcz hat meine Ansicht in so wenig energisch bezeichnet und gemeint, ich hätte in eine Frage der inneren Politik Preußens eingreifen sollen. Ich bin aber der Ueberzeugung, und auch der geehrte Herr Delegierte Graf Latour hat dies gesagt, das wäre eine beplacierte Energie gewesen, die mir auch zum Ziele gewiß führte. Ich spare mir aber diese Energie für Fälle zu gelegener Gelegenheit auf. Ich kann auch nicht einen Versuch gemacht werden solle, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, ein Fall, der hoffentlich nicht eintreten wird. Bezüglich Italiens verwies der Minister dann auf sein Exposé und betonte, daß die irredentistischen Tendenzen in einem Teile der italienischen Bevölkerung schon vor der Allianz bestanden haben, sichtlich aber im Abnehmen begriffen sind, und daß das Verständnis für die Bestrebungen zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen in immer weitere Kreise Eingang findet. Es ist richtig, daß Italien rüstet, seine Flotte stärkt, aber daraus kann ihm kein Vorwurf gemacht werden. Die geographische Situation Italiens, seine langgestreckte Küste, sowie der Einfluß der starken Positionen anderer Mittelmeermächte lassen diese Rüstungen begreiflich erscheinen. Nach Ansicht des Ministers habe Italien keine aggressiveren Pläne, so wenig wie Oesterreich mit der Verstärkung seiner Flotte solche Pläne verfolge. Wenn Oesterreich seine Flotte zu stärken suche, so geschehe dies nicht nur zum Schutze seiner Küste und zur Erhaltung seiner Verbindung mit dem Mittelmeere, sondern auch um dem österreichischen Handel, der in letzter Zeit sich erfreulich entwickelt habe, zu Hilfe zu kommen. Was Italien selbst anbelangt, so habe, betreffe es wurde der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß Italien dort eine solche Rolle spiele. Da handelt es sich offenbar um ein Mißverständnis. Denn alle Signatarmächte des Berliner Vertrages haben ein gleiches Recht, sich mit diesen Angelegenheiten, bezüglich deren wir mit Rußland die Initiative ergriffen haben, zu beschäftigen. Gemäß dem Mürzsteger Programm haben die Botschafter der Signatarmächte behandelt. Die Rührigkeit Italiens auf dem Balkan könne er — der Minister — nicht in Abrede stellen; man könne jedoch Italien daraus keinen Vorwurf machen, sondern vielleicht eher und wegen unserer Samenlosigkeit (Zustimmung.) Was Mazedonien betrifft, verweist der Minister neuerlich auf die großen Schwierigkeiten, die Nationalitäten einzuverleiben und die Bandenbewegung niederzuwerfen. Der Minister erhofft in dieser Beziehung, daß die Türkei ihre volle Energie anwenden werde. Manchelei andere vorgeschlagenen Methoden versprächen nach seiner Ansicht keine praktischen Resultate. Man werde vielmehr mit großer Beharrlichkeit und Geduld vorgehen müssen. Was die Frage der Vermehrung der Mandate betrifft, sagt der Minister, es ist dieselbe noch nicht erledigt. Der Minister weiselt aber nicht, daß der Sultan seine Zustimmung zu diesen Maßregeln erteilen wird, welche im Mürzsteger Programm vorgesehen und im eigenen Interesse der Türkei gelegen sind. Man müsse aber mit Geduld gewappnet sein, wie in allen türkischen Angelegenheiten. Der Minister wandte sich dann den verschiedenen Aeußerungen bezüglich der wirtschaftlichen Orientpolitik zu und bemerkt bezüglich derselben, insbesondere wegen der Bahnanschlüsse Hoonisnd und Dalmatiens mit den Orienbahnen mit den beiden Regierungen ins Einvernehmen zu treten. Was die Verbindung mit Larissa betreffe, so hätte der Minister die Sache nicht begonnen, wenn er nicht die Gewißheit gehabt hätte, daß Zustimmung des Sultans mit der Zeit zu erlangen, wobei er sich wohl bewußt sei, daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Uebrigens interessiere sich auch französisches Kapital für diese Angelegenheit; und auch über den bisher bestehenden Bahnbau in Anatolien finde der Minister weder in Frankreich noch in England eine abfällige Beurteilung. Bezüglich der Ausweisungen aus Serbien teilte der Minister Daten mit, auf Grund deren er sich Verfügung feststellen kann, daß die Untersuchten den Ministerrund des Aeußern in diesem Belange doch immerhin einige Erfolge aufzuweisen habe. Es sind im Laufe von mehr als einem Jahre nur 24 Fälle vorgekommen, bei denen als einziges Motiv der Ausweisung die Verbindungen unerwünschten Zuzugs landfremdlicher und fremdsprachiger Elemente speziell in die südlichen Provinzen Preußens angegeben und bei denen trotz eingetretener Verwendung die Ausweisung aufrechterhalten wurde. Auch in diesen Fällen ist aber fast immer im Hinblick auf die eingetretene Verwendung den Ausgewiesenen von der preußischen Regierung eine längere Frist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten bewilligt worden.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit einer eingehenden Betrachtung der aus dem jüngst abgeschlossenen Ausgleiche zwischen Oesterreich und Ungarn resultierenden staatsrechtlichen Fragen und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß dieser Ausgleich nicht der letzte war, daß vielmehr die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, ohne welche er sich eine gedeihliche, einheitliche, auswärtige Politik nicht vorstellen könne, auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben werde. (Lebhafter Beifall.)

Der Heeresausschuß der ungarischen Delegation nahm das Ordinarium, das Extraordinarium sowie die außerordentlichen und Nachtragskredite an. Im Verlaufe der Debatte gab der Kriegsminister Ausführungen über die Art der bei der Artillerie geplanten Organisationsänderungen. Er bemerkte weiter, die Heeresverwaltung verfolge die Entwicklung der Automobilindustrie im Hinblicke auf die Verwendbarkeit der Automobile im Heeresdienst mit der größten Aufmerksamkeit.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser unternahm heute morgen den gewohnten Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichskanzler vor, empfing im Königlichen Schlosse den früheren Polizeipräsidenten von Berlin v. Borries zur Abmeldung und nahm die Rapporte der Leibregimenter entgegen. Um 11 Uhr hörte Seine Majestät den Vortrag des Stellvertreters des Chefs des Marinekabinetts, Korvettenkapitäns v. Restlich, und empfing um 12½ Uhr die schwedische Gesandtschaft zur Ratifikation der Thronbesteigung des Königs von Schweden, nämlich Generalleutnant Warberg, Major Graf Rosen und Oberleutnant Warberg.

Prinz Adalbert ist heute morgen abgereist.

* Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Eitel-Friedrich von Preußen, geborene Herzogin Sophie Charlotte zu Oldenburg, vollendet am 2. d. das 29. Lebensjahr.

* Die Herzogin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Glücksburg ist, von Gotha kommend, hier eingetroffen und hat im Königlichen Schlosse Wohnung genommen.

u. Fürst Heinrich XXIV. Reuß-Köstritz ist aus Trebschen in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Adlon Wohnung genommen.

u. Fürst Christian-Ernst zu Stolberg hat sich in Begleitung seiner Söhne Hermann und Wilhelm, sowie des Fürsten Karl zu Solms-Hohensolms-Lich von hier nach Wernigerode begeben.

v. Der schwedisch-norwegische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Wirkl. Geh. Rat und Staatsminister Petersen ist aus Sondershausen in Berlin eingetroffen.

u. Der Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Christiania Legationsrat Dr. Scheller-Steinwartz hat sich von hier nach Dresden begeben.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Die Kommission für die Beratung des Telefunkengesetzes unternahm am Freitag vormittag einen Ausflug nach Nauen zur Besichtigung der dortigen Telefunkenstation. Als Vertreter der Reichspostverwaltung nahmen Unterstaatssekretär Sydow und Geh. Rat Schrader teil, ferner Vertreter der Marine- und Militärverwaltung und zahlreiche Abgeordnete, auch solche, die nicht der Kommission angehören. In Nauen erklärte Graf Arco, der Direktor der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, die Apparate. Es wurden Telegramme aufgegeben und beantwortet.

* Die Kommission zur Vorberatung des privaten Versicherungsvertrages hat sich dahin geeinigt, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf en bloc ohne Debatte anzunehmen.

* Eine Resolution Dr. Ablaß und Gen. zur zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats (Herr) lautet: Der Reichstag wolle beschließen, den verbündeten Regierungen seine Bereitschaft zu erklären, im nächstjährigen Etat die Mittel zur Deckung der Kosten für die den Mannschaften des stehenden Heeres und der Kaiserlichen Marine im Falle der Urlaubsbeurlaubung alljährlich oder doch mindestens einmal während ihrer Dienstzeit für eine Reise in die Heimat, unter tunlichster Gestaltung der Benutzung von Schnellzügen, zu gewährende freie Hin- und Rückfahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu bewilligen.

Herrenhaus.

* Die neunte Kommission des Herrenhauses für Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen hat zum Vorsitzenden Herrn v. Below-Pieskorf, zu dessen Stellvertreter Herrn Dr. Frhrn. Lucius v. Ballhausen, zu Schriftführern die Herren v. Oppenfeld und Dr. v. Burgsdorff gewählt. Sonst gehören der Kommission noch an die Herren Dr. Mickel, v. Born-Fallois, Graf v. Brühl, Graf v. Carmer, v. Colmar-Meyenburg, Dr. v. Dziembowski, Ehlers, Graf Botho zu Eulenburg, Dr. Hillebrandt, Graf v. Dutten-Gaudek, Knobloch, Dr. v. Kopp, Graf v. Kospoth, Frhr. v. Landsberg-Steinfurt, Dr. Loening, v. Puttkamer, Frhr. v. v. d. Recke, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Herzog zu Trachenberg Fürst v. Hatzfeldt und Dr. Wilms.

* Ein Antrag Dr. Wachler zu dem Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten über die Nachrichten vom Bergwerksbetriebe beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, baldtunlichst die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um für den oberschlesischen Industriebezirk eine gesicherte, ausreichende Wasserversorgung des Werk zu schen.

Abgeordnetenhaus.

* Der frühere Landtagsabgeordnete Paul Scholz ist zu Neiße im Alter von 85 Jahren gestorben. Scholz war von 1870 bis 1885 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Neiße-Grottkau und gehörte zuerst der freikonservativen Partei an, um sich dann bei Beginn des Kulturkampfes der Zentrumsfraktion anzuschließen. (Schles. Ztg.)

Koloniales.

* Deutsch-Südwestafrika. Amtlich wird gemeldet: Am 19. Januar fand bei Nanib am Westrand der Kalahari ein Ueberfall statt. Ein Reiter wurde leicht verwundet. Es handelt sich, wie bei dem Ueberfall vom 5. Dezember letzten Jahres zwischen Arabeab und Kewisse-Kolk, anscheinend auch diesmal um Leute Simon Coppers, gegen den in nächster Zeit gemeinsam mit der Kappolizei vorgegangen werden soll.

* Südwestafrika. Das Gouvernement der Kolonie hat für das in Naukas gegründete Gestüt zwei Hengste als Beschäler angekauft. Die Ankäufe wurden von Landstallmeister v. d. Marwitz-Beberbeck ausgeführt. Erworben wurden aus Herrn J. v. Bleichröders Stall der von Joyful a. d. Volosca stammende vierjährige Kevelaer und von Herrn v. Goßler der siebenjährige Steppler Merlin von Le Chesnay a. d. Merry Dame. Die Pferde werden voraussichtlich nach dem Hauptgestüt Beberbeck übergeführt und treten im April die Reise nach Afrika an. Es sei hier daran erinnert, daß der